

Rede des OB zum Haushalt 2015 am 08.12.2015:

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

vor genau einem Jahr, etwa um die gleiche Zeit, stand ich an diesem Rednerpult und hielt meine erste Haushaltsrede als neuer Oberbürgermeister der Stadt Dachau. Dieser Tage habe ich mir mein Redemanuskript von damals noch einmal angeschaut, und da fiel mir gleich auf der ersten Seite ein Satz auf, der sich rückblickend als Irrtum erweisen sollte. Dieser Satz lautete: „Der Haushalt 2015 wird ein Haushalt der Neuverschuldung sein.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich geirrt. Und ich sage Ihnen nicht ohne Freude: Es ist gut, dass es anders gekommen ist.

Warum ist es anders gekommen? Wir hatten in den Vorjahren durch ungebremste Baulandausweisungen ein Bevölkerungswachstum, wie es unsere Stadt seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. 2012 stieg die Zahl der Einwohner um 900 Personen, 2013 um 830. Das war ein Zuwachs von 2 Prozent pro Jahr. Die Bevölkerung wuchs rapide, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Infrastruktur wuchs nicht mit – zumindest nicht in dem notwendigen Ausmaß. Wie denn auch, hielt es die damalige Stadtratsmehrheit bei der Ausweisung der Neubaugebiete doch für nicht notwendig, die Bauträger, die sehr, sehr gutes Geld mit ihren Bauprojekten verdienten, über die Sozialgerechte Bodennutzung angemessen an den Folgekosten ihrer Bauprojekte zu beteiligen? Aber das nur nebenbei bemerkt. Kurz: Die Aufgaben und die Ausgaben der Stadt wuchsen in einer Dynamik, mit der die Einnahmen nicht mehr mithalten konnten. Vor diesem Hintergrund verabschiedeten wir im vergangenen Jahr einen Haushalt, der gar nicht anders konnte als diese Entwicklung widerzuspiegeln: Stagnierende Einnahmen, steigende Ausgaben und die Befürchtung, zur Erfüllung der städtischen Aufgaben einen Kredit von bis zu 16,5 Millionen Euro aufnehmen zu müssen. Aber wie eingangs erwähnt: Wir hatten Glück. Das Haushaltsjahr 2015 ist noch nicht abgeschlossen, aber wir können davon ausgehen, dass unsere Kreditaufnahme heuer nicht 16,5 Millionen Euro betragen wird, vielleicht kommen wir sogar um eine Kreditaufnahme herum. Sicher wissen wir das erst nach Abschluss der Jahresrechnung, im Laufe des I. Quartal 2016. Woran liegt das? Vor allem erhielten wir 2014 eine Gewerbesteuernachzahlung eines Dachauer Unternehmens in Millionenhöhe. Außerdem bekamen wir unerwartet hohe staatliche Schlüsselzuweisungen. Und wir lösten im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 Haushaltsreste auf, ebenfalls in Millionenhöhe. Die Folge daraus: Die Möglichkeit einer erhöhten Rücklagenentnahme in den Jahren 2015 und 2016.

Natürlich ist die finanzielle Entwicklung des Jahres 2015 sehr erfreulich für uns. Aber die eben von mir genannten Ursachen für diese Entwicklung dämpfen diese Freude doch sehr. Denn es sind einmalige Effekte. Und sie zeigen: An unserem strukturellen Problem hat sich nichts geändert. Noch nicht, wie ich hinzufügen möchte. Und so haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten einen Haushalt beraten, der vor demselben Hintergrund steht wie der Haushalt 2015: Hohe Ausgaben, zu niedrige Einnahmen und die damit verbundene Aussicht, dass wir Kredite aufnehmen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Entstehungsprozess dieses Haushaltsentwurfs war geprägt von harten Diskussionen. Und dennoch ist dieser Haushalt im Großen und Ganzen vor allem eines: Er ist unser gemeinsamer Haushalt. Er ist ein Haushalt, mit dem wir uns gemeinsam den Herausforderungen der Zukunft und den Versäumnissen der Vergangenheit stellen. Kurz: Der Haushalt 2016 ist ein Haushalt der Notwendigkeiten. Und diese summieren sich auf 110 Millionen Euro und damit auf etwa 1 Million Euro mehr als im Haushalt des Jahres 2015.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie jetzt nicht mit einer Zahlenflut langweilen, schließlich ist Ihnen der Haushaltsentwurf bestens bekannt, wir haben ihn ja gemeinsam aufgestellt. Wie schon in den vergangenen Jahren fließt wieder ein riesiger Betrag in den Ausbau und den Betrieb der Kindertageseinrichtungen. Im Neufeld in Dachau-Ost bauen wir eine neue Kinderkrippe, außerdem steht eine nochmalige Erweiterung des Kinderhauses in Augustenfeld an, und auch die Kindertagesstätte Brummkreisel wird erweitert. Hinzu kommen die Jahr für Jahr steigenden Betriebskosten: Allein an die externen Träger von Kitas und Horten zahlen wir im kommenden Jahr 9,9 Millionen Euro und damit 1,6 Millionen Euro mehr als heuer. Dass sich der Staat künftig mehr an den Betriebskosten beteiligen muss, ist eine Forderung, die wir seit vielen Jahren erheben, die aber seit ebenso vielen Jahren ungehört verhallt. Der Bund und der Freistaat Bayern sonnen sich weiter im strahlenden Glanz der schwarzen Null. Aber dass diese schwarze Null dunkle Schatten auf die Haushalte der Kommunen wirft, wird in Berlin und in München allenfalls schulterzuckend zur Kenntnis genommen. Hinzu kommen im Jahr 2016 einige längst notwendige Investitionen in die städtische Infrastruktur. Hier sind wir dabei, den Investitionsstau der vergangenen Jahre abzuarbeiten. Das Feuerwehrgerätehaus entspricht längst nicht mehr den Anforderungen unserer zu schnell gewachsenen Stadt und muss dringend erweitert werden. Hinzu kommt der notwendige Neubau des Feuerwehrhauses in Pellheim. Die Grundschule Augustenfeld muss erweitert und die Mittelschule in Dachau-Süd muss saniert werden. Außerdem muss noch einmal in den Brandschutz des Thoma-Hauses investiert werden. Mit dem Bau des Fahrradparkhauses am Bahnhof verbessern wir dort die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Die Gestaltung des Grünzugs am Stadtbahnhof kostet die Stadt circa eine halbe Million Euro plus die Kosten

für einen Spielplatz. Nebenbei bemerkt: In dem gesamten neuen Wohngebiet am Stadtbahnhof ist nicht eine einzige Sozialwohnung entstanden.

Umso mehr freut es mich, dass wir nun gemeinsam an einem Strang ziehen und in den kommenden Jahren 100 zusätzliche Sozialwohnungen bauen. Die Wohnungsnot in unserer Stadt ist vor allem eine Not der Geringverdiener. Nur dank unseres großen Bestands von 1300 Sozialwohnungen und einem konsequenten und kontinuierlichen Ausbau unseres Wohnungsbestands haben wir die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürgern mit nicht so hohem Einkommen bezahlbare Wohnungen anzubieten und damit einen Ausgleich zum freien Wohnungsmarkt zu schaffen. Erzieherinnen sind nicht nur dazu da, um in unseren Kitas unsere Kinder zu erziehen. Krankenschwestern sind nicht nur dazu da, um uns in den Krankenhäusern zu versorgen. Altenpfleger sind nicht nur dazu da, um sich um unsere Senioren zu kümmern. Friseurinnen sind nicht nur dazu da, uns die Haare zu schneiden. Nein, diese Frauen und Männer zählen dazu, zu diesem „uns“. Sie sollen nicht nur hier bei uns arbeiten, sondern sie und ihre Familien sollen es sich auch leisten können, hier zu wohnen. Hier zu wohnen und hier zu leben, also Dachauerin und Dachauer zu sein, das darf auf keinen Fall ein Privileg der Besserverdiener sein. Deshalb darf in dieser angespannten Situation, wie wir sie seit einigen Jahren in unserem Landkreis erleben, der Wohnungsmarkt nicht allein dem überhitzten freien Markt überlassen werden. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei Ihnen, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, bedanken, dass wir gemeinsam den Ausbau unseres Bestandes an Sozialwohnungen vorantreiben. Hier haben Sie, hier haben wir eine sehr gute Entscheidung getroffen. Und hier sind wir seit vielen Jahren ein Vorbild im Landkreis Dachau. Leider ein einsames Vorbild.

Dieser Haushalt der Notwendigkeiten kommt auch im Bereich Personal zum Ausdruck. Gegenüber dem Vorjahresansatz steigen unsere Personalausgaben um 3,4 Prozent. Das lässt uns neben den üblichen Tarifsteigerungen auch noch ein kleinwenig Luft, um endlich auch personell auf die gestiegenen Anforderungen an eine Verwaltung in einer wachsenden Stadt reagieren zu können. In den Bereichen Schule, Sport, Integration, Kinderbetreuung und demografischer Wandel steht unsere Stadt vor großen Herausforderungen und Aufgaben. Diese lassen sich nur stemmen, wenn wir auch die dafür notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Anforderungen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen sind. Der Stadtrat, die Stadtverwaltung und ich als Oberbürgermeister, wir alle wollen diese Stadt voranbringen, und wir tun dies seit eineinhalb Jahren mit beschleunigtem Tempo und in gesteigertem Ausmaß. Nehmen wir nur einmal die Stadtratsanträge: 43 waren es im Jahr 2010, 51 im Jahr 2011, 2012 waren es 64 und 2013 nur 41. Dann 2014: 95 Anträge. Und heuer waren es bis Mitte November auch schon wieder 91 Anträge – vielleicht nicht jeder notwendig,

aber jeder Antrag ist mit Arbeit für die Verwaltung verbunden. Ein weiteres Beispiel: Bürgerbeteiligung. Von den Bemühungen der Integrativen Stadtentwicklung abgesehen, gab es sie praktisch nicht. Derzeit laufen nicht weniger als sechs Bürgerbeteiligungsprojekte, darunter so arbeitsintensive Beteiligungsprojekte wie „Zukunft MD-Gelände“ und das Gewerbeflächen-Entwicklungskonzept. In vielen Bereichen ist die Arbeitsbelastung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich gestiegen. Und so ist es keine Gnade, die der Stadtrat der Stadtverwaltung gewährt, wenn er jetzt eine kleine Personalaufstockung genehmigt, sondern es ist eine Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wer A sagt, muss auch B sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wer Aufträge erteilt, der muss auch die personellen Ressourcen zu deren Erledigung zur Verfügung stellen.

Apropos zur Verfügung stellen. Etwa 25 Millionen Euro müssen wir im kommenden Jahr dem Landkreis über die Kreisumlage zur Verfügung stellen. Das sind knapp zweieinhalb Millionen Euro oder gut zehn Prozent mehr als heuer. Mehr als jeder vierte Euro in unserem Verwaltungshaushalt ist nur dazu da, um an den Landkreis weiterzufließen. An jedem dritten Euro, den der Landkreis über die Kreisumlage einnimmt, klebt ein Post-it mit der Aufschrift: Mit freundlichen Grüßen, Ihre Stadt Dachau. Insgesamt rechnet das Landratsamt damit, dass es 2016 knapp 8 Millionen Euro mehr an Kreisumlage einnehmen wird – so viel wie noch nie. Für die Stadt Dachau und sicherlich auch für zahlreiche andere Gemeinden wäre es eine spürbare Erleichterung, wenn der Landkreis angesichts dieser anstehenden Rekordeinnahmen den Hebesatz nicht nur wie geplant um einen, sondern um eineinhalb Punkte absenken würde. Hinzukommt, dass eine ab dem kommenden Jahr wirksame Strukturreform des kommunalen Finanzausgleichs bewirkt, dass die Stadt Dachau allein wegen dieser Reform 2016 sowieso rund 900.000 Euro mehr Umlage bezahlen muss. Eine mögliche Absenkung der Kreisumlage um 1,5 Punkte ist übrigens nicht auf meinem Mist gewachsen, weil uns das gut in den Kram passen würde, sondern wurde im September in einem Schreiben des Landratsamts an die Stadt explizit als möglicher Absenkungsspielraum genannt. Im November kam dann aber die Mitteilung, man werde dem Kreistag eine Absenkung um nur einen Punkt vorschlagen.

Aber kehren wir aus dem Landratsamt zurück ins Rathaus. Unser Haushaltsentwurf geht davon aus, dass wir im kommenden Jahr womöglich Kredite in Höhe von gut acht Millionen Euro aufnehmen müssen. Und in unserer mittelfristigen Finanzplanung rechnen wir mit einer Kreditaufnahme von über 40 Millionen Euro – so manches kostspielige Projekt ist da noch gar nicht mit eingerechnet. Ich werde heute sicherlich das eine oder andere Mal den Vorwurf zu hören bekommen, diese Kreditaufnahmen seien dramatisch. Ich halte ein anderes Wort für zutreffender: Diese Kreditaufnahmen sind notwendig. Denn wir investieren nicht in irgendwelche Prestigeprojekte, sondern wir

investieren in die notwendige Infrastruktur unserer Stadt, wir investieren in die Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir investieren in Kinderbetreuung, wir investieren in Schulen, wo wir dank der Erstellung eines Schulentwicklungsplans jetzt endlich auch wissen, welche notwendigen Maßnahmen in den kommenden Jahren auf uns zukommen. Wir investieren in den Sozialwohnungsbau, wir investieren in Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation. Zum Beispiel in das von mir bereits erwähnte Fahrradparkhaus, zum Beispiel in den weiteren Ausbau des Bussystems und zum Beispiel in das Blue Road System zur Optimierung unserer Ampelschaltung und zur Beschleunigung unserer Busse. Und was uns dann noch bleibt, fließt – überspitzt ausgedrückt – in den Brandschutz mit seinen immer rigider und unverständlicher werdenden gesetzlichen Vorgaben.

Gleiches gilt für unsere Stadtwerke. Auch hier haben wir einen über die Jahre gewaltig gewachsenen Investitionsstau, den es nun aufzulösen gilt. Damit meine ich nicht das geplante neue Hallenbad. Beim Neubau des Hallenbades gehen wir den wirtschaftlich sinnvollen und für eine Stadt unserer Größe angemessenen Weg eines Neubaus statt einer unwirtschaftlichen Sanierung eines alten und mittlerweile viel zu kleinen Hallenbads. Ich meine hier die notwendigen Investitionen in den Ausbau der Kläranlage, die wegen unseres Bevölkerungswachstums zu klein geworden ist. Ich meine hier die Wasseraufbereitung, bei der so einiges überaltert ist und erneuert werden muss. Ich meine hier die Turbinenrevision am Amperkraftwerk und ich meine hier längst notwendige Investitionen in unser Stromnetz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie überwinden wir unser strukturelles Problem der zu geringen Einnahmen? Wir können uns ja nicht einfach hinsetzen, den Rotstift ansetzen und sagen: Wir bauen diese Krippe nicht, obwohl wir sie brauchen. Wir erweitern diese Schule nicht, obwohl das notwendig ist. Und das Thoma-Haus sperren wir zu, dann sparen wir uns den Brandschutz. Wir haben als Stadt Pflichtaufgaben zu erfüllen, das können die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns erwarten. Was ist also die Alternative: Sparen bei den freiwilligen Leistungen? Da geht's dann ans Eingemachte! Da geht's sofort und spürbar an die Lebensqualität! Da geht's an die Förderung unserer Kultur- und Sportvereine, die Hervorragendes für die Bürgerinnen und Bürger leisten. Das ist meiner Meinung nach nicht der richtige Weg, und ich bin froh, dass die entsprechenden Stadtratsausschüsse das in unseren Vorberatungen ähnlich gesehen haben. Und außerdem: So viel können wir bei der Kultur und im Sport gar nicht kürzen, als dass es unser strukturelles Problem auch nur ansatzweise lösen würde.

Die Lösung, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss eine andere sein. Wir müssen unsere Einnahmen deutlich erhöhen. Das beginnt bei der angestrebten und notwendigen Erhöhung der Kindergartengebühren, mit der wir

uns allmählich den Preisen der anderen Träger annähern, und es setzt sich fort bei der Anpassung der Grabgebühren, mit der wir unserer gesetzlichen Verpflichtung einer Kostendeckung annähernd nachkommen. Diese beiden Beschlüsse mögen unpopulär sein. Der Eine oder Andere mag hier den Verlockungen des sicheren Beifalls erliegen, den er erntet, wenn er sich gegen Gebührenerhöhungen positioniert. Aber diese Maßnahmen sind notwendig, und ich möchte mich bei den jeweiligen Ausschussmehrheiten bedanken, dass sie diese Entscheidungen standhaft mitgetragen haben.

Einen weiteren Schritt auf unserem langen Weg Richtung Einnahmensteigerung haben wir in diesem Jahr mit der Bürgerbeteiligung zur Erstellung eines Gewerbeflächen-Entwicklungskonzepts gemacht. Unsere Gewerbesteuererinnahmen stagnieren seit Jahren. Aber die Einsicht, dass wir etwas tun müssen, um dieser Stagnation entgegenzuwirken, kam mit erheblicher zeitlicher Verzögerung. Wir dürfen uns dabei aber nicht der Illusion hingeben, dass wir ein Gewerbegebiet beschließen und im nächsten Jahr sprudeln die Steuereinnahmen. Es wird Jahre dauern, vielleicht bis zu 10 Jahre, bis wir hier einen spürbaren Effekt erzielen. An der Notwendigkeit, mehr Gewerbe in unserer Stadt anzusiedeln, und neue Gewerbeflächen nicht wie am Schwarzen Graben geschehen leichtfertig in Sondergebiete für Einzelhandel umzuwandeln, ändert das aber nichts. Darüber hinaus ist es auch wichtig, dem vorhandenen Gewerbe Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten und sie so am Standort Dachau zu halten.

Lassen Sie mich bezüglich der Maßnahmen, unsere Einnahmen zu steigern, noch ein weiteres Thema ansprechen. Die Sozialgerechte Bodennutzung erfreut sich plötzlich einer so großen Beliebtheit, dass auf einmal jeder den Anspruch erhebt, sie erfunden zu haben. Auch diejenigen, die in den vergangenen Jahren ihre konsequente Anwendung stets verhindert haben. Wir arbeiten aktuell an einer Neuregelung, die rechtlich wasserdicht sein soll und dazu führen wird, dass alle, die von Baulandausweisungen profitieren, auch angemessen an den infrastrukturellen Folgekosten beteiligt werden. Dadurch wird kein Immobilieninvestor am Hungertuch nagen müssen, aber unsere Stadt hat damit die Möglichkeit, das Einwohnerwachstum und dessen Folgen besser zu stemmen als dies in der Vergangenheit der Fall war. Gewinne privatisieren und finanzielle Belastungen sozialisieren, diesen Weg gilt es zu verlassen, und ich bin froh, dass wir diesen Weg im Stadtrat gemeinsam beschreiten. Er ist zum Wohle dieser Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Apropos Wohl der Stadt. In den vergangenen Wochen wurde teilweise der Eindruck erweckt, dass das Wohl der Stadt quasi untrennbar an eine möglichst schnelle Entwicklung des MD-Geländes geknüpft ist. Dies halte ich für nicht zutreffend. Natürlich, auch ich habe großes Interesse an einer Entwicklung des MD-Geländes, aber die Zeit ist in diesem Fall für mich nicht das entscheidende Kriterium, sondern die Qualität, das öffentliche Interesse und das Gemeinwohl.

Die künftige Nutzung und Gestaltung des MD-Geländes wird unsere Stadt in den nächsten 50, ja 100 Jahren entscheidend beeinflussen und prägen. Deshalb ist es von herausragender Bedeutung, dass für die Stadt aus der Umwandlung des Geländes in städtebaulicher, infrastruktureller und sozialer Hinsicht keine Nachteile, sondern im Gegenteil, dass der gesamten Stadt möglichst viele Vorteile entstehen. Ziel muss es sein, eine nicht nur für das MD-Gelände selbst, sondern für die gesamte Stadt sinnvolle und ausgewogene Mischung aus Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel, Kultur und Grünflächen zu finden. Es wäre ein fataler Fehler, Rahmenbedingungen zu schaffen, die nicht dem öffentlichen Interesse dienen, nur damit wir sagen können: Jetzt geht was voran. Oberste Priorität muss die Orientierung am Gemeinwohl haben. Da ist es, nebenbei bemerkt, nicht sinnvoll, von der Stadt einen Zeitplan zu fordern, wann mit welchen Schritten zu rechnen ist. Ganz abgesehen davon, dass die tatsächliche Realisierung nicht in unseren Händen liegt, sondern lediglich die Planungshoheit. Faule Kompromisse bei der Entwicklung des MD-Geländes würden unserer Stadt im Allgemeinen und auch dem städtischen Haushalt viele Jahre Schaden zufügen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird allmählich weihnachtlich, draußen ist der Christkindlmarkt und Glühweinstimmung, da will ich nicht den Miesepeter geben und nur lamentieren und warnen. Denn es geht spürbar voran in dieser Stadt. Mit der Verlängerung der Busfahrzeiten bis 22 Uhr haben wir den öffentlichen Nahverkehr deutlich verbessert, und in einem Jahr wird auch das Himmelreich ans Busnetz angeschlossen. Die Schulturnhalle in Augustenfeld ist fertig geworden, ebenso die Erweiterung des nahegelegenen Kinderhauses, und diese Baumaßnahme im Übrigen circa 20 Prozent günstiger als geplant. Wir sanieren und erneuern regelmäßig Spielplätze, zur Freude der Kinder und Eltern, und wir haben in Dachau-Ost nicht nur die Würm auf hervorragende Weise renaturiert, sondern auch den Bürgertreff eröffnet. Gleichzeitig ist nun das staatliche Förderprojekt Soziale Stadt Dachau-Ost zum Abschluss gekommen. Mit der Gründung des Vereins Bürgertreff-Ost e.V. wurden die im Projekt Soziale Stadt entstandenen Strukturen auf neue Beine gestellt. Hier können wir den engagierten Bürgerinnen und Bürgern herzlich danken für ihre hervorragende Arbeit, und es ist wichtig und richtig, dass die Stadt den Verein auch finanziell unterstützt. Im zentralen Bereich der Altstadt, im Freibad und in der Stadtbücherei gibt es kostenloses W-LAN für die Bürgerinnen und Bürger, die städtischen Turnhallen können von den Vereinen jetzt auch an den Wochenenden und abends bis 23 statt bis 22 Uhr genutzt werden, wir haben gemeinsam mit den Schulleiterinnen und dem Schulamt einen Schulentwicklungsplan aufgestellt, im kommenden Jahr bekommen wir endlich auch einen Waldkindergarten, der vierte Bauabschnitt in der Rennplatzsiedlung wurde fertiggestellt und die Wohnungen an die Mieter übergeben, und wir beziehen die Bürgerinnen und Bürger mit zahlreichen Beteiligungsprojekten eng in wichtige Entscheidungen mit ein. Unsere Vereine

sorgen mit ihren breiten und qualitativ hochwertigen Angeboten für Attraktivität in den Bereichen Kultur und Sport, und mit unserer städtischen Kultur- und Sportförderung unterstützen wir sie dabei nach Kräften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir entscheiden heute über einen Haushalt mit einem Volumen von insgesamt 110 Millionen Euro. Das ist eine Million Euro mehr als im vergangenen Jahr, aber wenn man sich die vor uns liegenden Projekte und Aufgaben ansieht und sich unsere strukturellen Probleme vergegenwärtigt, dann ist dieser Haushalt nachvollziehbar und die darin enthaltenen Investitionen notwendig. Wir haben in den vergangenen Wochen gemeinsam diesen Haushaltsentwurf erstellt. Er ist sozial ausgewogen, er berücksichtigt unumgängliche Investitionen statt sie vor sich herzuschieben, und er wird den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht. Wir investieren in Kindertagesstätten und Schulen, verlieren aber auch andere wichtige Bereiche nicht aus den Augen: den Sport, die Kultur, die Förderung der Jugend in unseren Jugendzentren, die Bildung mit unserer hervorragenden Stadtbücherei und unserer vhs, um nur einige Themenbereiche zu nennen.

Sehr geehrter Herr Dr. Härtl, in der Haushaltssitzung im vergangenen Dezember zitierten Sie Franz Josef Strauß. Ich hoffe, Sie sind mir nicht böse, wenn ich heute ebenfalls Strauß zitiere, aber immerhin nicht Franz Josef, sondern den Philosophen David Friedrich Strauß: „Gott segnet nicht durch Ruhe und Wohlfühlen, sondern durch Aufgaben.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, packen wir unsere Aufgaben an!

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich mich ausdrücklich und herzlich bei allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Sie leisten sehr gute Arbeit. Dafür vielen Dank. Ich bedanke mich außerdem bei den Stadtratsreferenten für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs. Ich hoffe, dass sich diese konstruktive Zusammenarbeit und Sachlichkeit nun auch in der öffentlichen Abstimmung heute Abend widerspiegeln wird und bitte um Ihre Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2016.

Vielen Dank.